

betr.: **Geheimdienst**

## **Geheimdienstler zapfen Asylbewerber an**

VON MATTHIAS THIEME UND VIKTOR FUNK

FRANKFURTER RUNDSCHAU, online Ausgabe 26.03.2009

Der Bundesnachrichtendienst hat im großen Stil irakische Asylbewerber in Deutschland ausgeforscht und dabei offenbar auch kriegsrelevante Informationen an amerikanische Dienste weitergegeben. Trotz der offiziellen Ablehnung des Irak-Kriegs durch die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder seien die Informationen der Exil-Iraker vom BND an den US-Militärgeheimdienst DIA weiter geleitet und zur Zielplanung im Irak-Krieg benutzt worden, berichtet die taz. Nach FR-Informationen arbeitet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Hand in Hand mit dem BND und benutzt das Asylverfahren zur geheimdienstlichen Informationsbeschaffung: Mitarbeiter des Bundesamtes screenen die Akten der Flüchtlinge systematisch auf relevante Informationen, berichten Flüchtlingsanwälte der FR. "Dann findet ein informeller Austausch mit dem BND statt." Im Klartext: Informationen aus den Anhörungsprotokollen des Amtes, in denen Migranten ihre Flucht- und Verfolgungsgeschichte erzählen, um Asyl zu beantragen, werden ohne Wissen der Betroffenen Geheimdienstlern zugänglich gemacht. Falsches Spiel mit Flüchtlingen Bnd-Befragungen.

Die Hauptstelle für Befragungswesen ist eine 1958 gegründete Abteilung des Bundesnachrichtendienstes und betreibt Spionage der besonderen Art: Ihre Mitarbeiter horchten bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion DDR-Flüchtlinge und Aussiedler aus. Es ging dabei um militärische Informationen, die zum Beispiel Männer aus ihrer sowjetischen oder DDR-Militärdienstzeit mitbrachten. Nach dem Ende der Sowjetunion rettete die Dienststelle ihr Dasein durch neue Aufgaben: Befragt werden nun hauptsächlich Asylsuchende, die aus Kriegsregionen kommen. Aus einem der FR vorliegenden Schreiben des Bundesinnenministeriums an den Innenausschuss von Juni 1990 geht hervor, dass sich die Geheimdienstler auf "politische, wirtschaftliche, militärische und technologische Entwicklungen" in solchen Regionen verlegten. Damit begründete die Bundesregierung die Existenz der Befragungsstellen auch in einer Antwort auf eine Anfrage im Juli 2006. Nach dem 11. September 2001 wird die Zusammenarbeit des BND mit anderen Diensten (Bundeskriminalamt, Militärischer Abschirmdienst, Verfassungsschutz) Schritt für Schritt ausgeweitet. Sie tauschen ihre Erkenntnisse intensiver aus. Besonders interessant als potenzielle Informanten werden für die Sicherheitsbehörden nun 18- bis 40-jährige Asylsuchende und Einwanderer arabischer Herkunft. Informationen über potenzielle Kandidaten erhielt der BND vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, dem heutigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Deutschlandweit soll es ein Dutzend Befragungsstellen geben. Die Gespräche mit den Flüchtlingen fänden "ausschließlich auf freiwilliger Basis" statt, heißt es in der Antwort der Bundesregierung vom Juli 2006. Aus früheren Angaben der Regierung geht hervor, dass unter Aussiedlern rund die Hälfte der Kontaktierten aussagewillig war, unter den Flüchtlingen zehn Prozent.